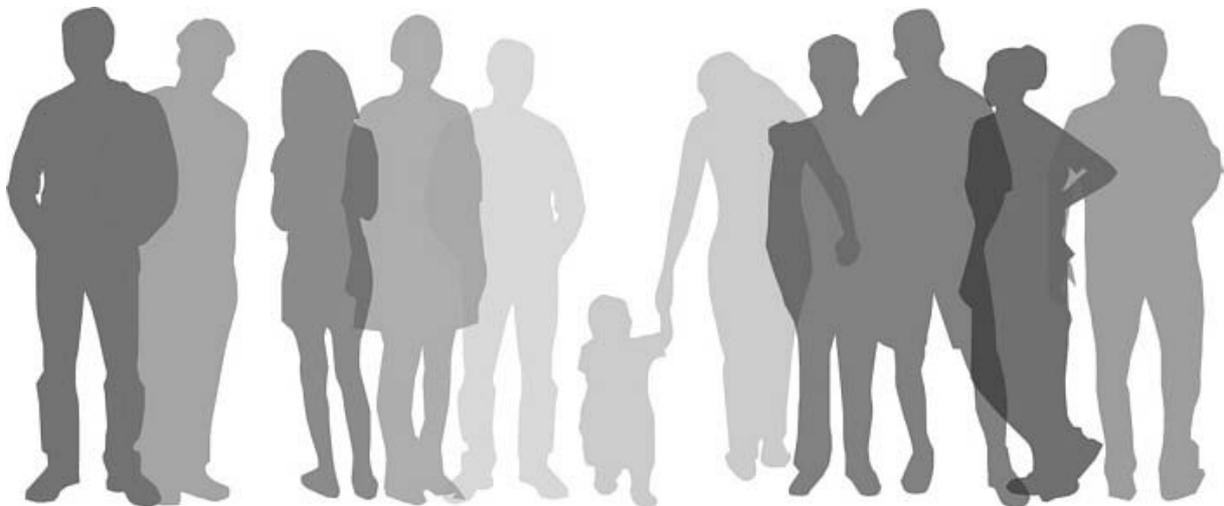


Erhebung der bisherigen *Bürgerbeteiligungsverfahren*
in Bielefeld (2007 – 2012)



Bielefeld 2000plus/ Universität Bielefeld
Şenol Keser
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld

Inhalt

1. Einleitung/Ausgangslage.....	3
2. Vorgehensweise der Analyse/Evaluation.....	3
3. Erste Schritte.....	4
4. Begriffsbestimmungen von „Bürgerbeteiligung“	5
5. Analyse der bisherigen Verfahren in Bielefeld.....	8
5.1 Regelmäßige Bürgerbeteiligungen – auf 1 Jahr gerechnet.....	8
5.2 Einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte)	9
5.3 Netzwerke (Werte pro Jahr)	9
5.4 Zusammenfassung der drei Kategorien.....	9
6. Bürgerhaushalt	11
7. Schlussfolgerung	15
8. Handlungsempfehlungen.....	17
9. Literaturverzeichnis	20
10. Anhang	21
a) Alphabetische Auflistung aller Projekte/Maßnahmen/Veranstaltungen/Netzwerke im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung.....	21
b) Auflistung der regelmäßigen Beteiligungen mit Netzwerken (geordnet nach Dezernaten)	24
c) Anmerkungen/Kommentare aus der Abfrage (Auswahl).....	27
d) Formular für die Abfrage	29

1. Einleitung/Ausgangslage

*Sag es mir – und ich werde es vergessen
Zeige es mir – und ich werde mich daran erinnern
Beteilige mich – und ich werde es verstehen
(Lao-Tse)*

Das Interesse an einer Bürgerbeteiligung ist aktueller denn je. Der Trend geht von der rein repräsentativen Demokratie hin zu einer partizipativ erweiterten Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich an der Gestaltung, ihrer Stadt, Gemeinde, Region, ihres Umfelds, Stadtviertels etc. beteiligen. Verkannt wird aber teilweise noch, dass die Beteiligung ein enormes Potential für Stadt und Bürger darstellt. Die Bürger/-innen haben die Möglichkeit zu partizipieren, wodurch wiederum die Politik und Verwaltung einen unmittelbaren Einblick in die Bedürfnisse, Meinungen und Interessen der Bevölkerungsgruppen in ihrer Stadt bekommen. Doch oft ist sowohl der Stadtverwaltung als auch den Bürgern/-innen der Stadt wenig bekannt, welche einzelnen Bürgerbeteiligungsprozesse in ihrer Stadt überhaupt durchgeführt werden. Wie viele Bürger/-innen werden mit den Verfahren erreicht? Wie aufwendig und teuer ist ein Bürgerbeteiligungsprozess? Diesen und weiteren Fragen soll unter anderem in der nachfolgenden Erhebung für Bielefeld nachgegangen werden.

Da es sich um eine erste Erfassung dieser Art handelt, hat die vorliegende Dokumentation nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Um eine detaillierte Evaluation im klassischen Sinne durchzuführen, bedarf es einer langfristigen Begleitung. Die vorliegende Dokumentation soll vielmehr als eine erste Bestandsaufnahme betrachtet werden und zusätzlich eine zukünftig kontinuierliche Erfassung anregen.

2. Vorgehensweise der Analyse/Evaluation

Nach der Beschreibung der „ersten Schritte“ für die Erhebung wird kurz auf die Definition der Bürgerbeteiligung eingegangen, um überhaupt eine gemeinsame Ausgangslage zu schaffen. Anschließend wird im Hauptteil eine Analyse anhand der erhobenen Daten durchgeführt. Die Daten werden in den Kategorien *regelmäßige Bürgerbeteiligungen (Kap. 5.1)*, *einmalige Bürgerbeteiligungen (5.2)* und *Beteiligung an Netzwerken (5.3)* analysiert. Um eine Vergleichbarkeit und geordnete Übersicht zu erhalten, werden darauf aufbauend in Form einer Matrix jeweils folgende Kategorien gebildet:

Zeile = Dez OB, Bezirke, Dez I, Dez II, Dez III, Dez IV, Dez V

Spalte = Personalaufwand, Sachaufwand, Personalstunden,
Erreichte Bürger/-innen

Anschließend werden in Kapitel 5.4 alle drei Kategorien zusammengefasst, wodurch gemittelt auf das Jahr der Personalaufwand, Sachaufwand, die Personalstunden und die erreichten Bürger/-innen ersichtlich werden.

Da der Bürgerhaushalt als Instrument der Beteiligung bei der Haushaltskonsolidierung mit zu einem wichtigen Bürgerbeteiligungsprozess gehört, und dieser immer wieder diskutiert wird, wird im Kapitel 6 das Thema kurz angerissen.

Abschließend werden nach einer Schlussfolgerung Handlungsempfehlungen für Bürgerbeteiligungsprozesse in Bielefeld aufgeführt.

3. Erste Schritte

In einer ersten konstituierenden Sitzung wurde gemeinsam mit Frau Ley (OB Büro) vorab die Vorgehensweise der Evaluation bzw. Bestandsaufnahme festgelegt. Als effektivste und zeitlich realistische Planung wurde ausgemacht, die einzelnen Dezernate zum Thema Bürgerbeteiligung zu befragen. Sie sollten angeben, welche Formen von Bürgerbeteiligung bisher ihre Dezernate durchgeführt haben. Dazu wurde eine digitale Vorlage erarbeitet (siehe S.28) und per E-Mail an die Dezernate verschickt, in welche die erforderlichen Daten eingetragen werden sollten. Um so viele Verfahren und Prozesse wie möglich zu erfassen, wurde im Vorfeld bewusst keine klare Definition von Bürgerbeteiligungsverfahren/-prozess vorgegeben.

In einem zweiten Schritt wurden die Dezernatsvertreter/-innen zu einem Treffen in das Rathaus eingeladen, um gemeinsam die erfassten einzelnen Projekte, Verfahren, Netzwerke etc. einheitlich abzugrenzen. Bei diesem Treffen wurden drei Kategorien für die Berücksichtigung der erfassten Bürgerbeteiligungsverfahren festgelegt:

1. *regelmäßige Bürgerbeteiligungen*
2. *einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte)*
3. *Beteiligung an Netzwerken*

Nach der Bestimmung der Kategorien konnten insgesamt 121 Beteiligungsverfahren ermittelt werden.

Als Vertreter/-innen der Dezernate haben folgende Personen in der Arbeitsgruppe mitgewirkt:

- Frau Kerstin Gast, Dezernat 1
- Frau Almut Fortmeier, Dezernat 2
- Frau Marita Kleiner, Dezernat 3
- Herr Bodo Temmen, Dezernat 4
- Herr Thomas Niekamp, Dezernat 5
- Frau Frauke Ley, Dezernat Oberbürgermeister

4. Begriffsbestimmungen von Bürgerbeteiligung

Der Begriff Bürgerbeteiligung wird oft in unterschiedlichen Kontexten verwendet. Der Ursprung des Begriffs Bürgerbeteiligung im engeren Sinne liegt in einer weiteren verfassten Form der Partizipation, nämlich der *Beteiligung an Planungsverfahren* von Verwaltungen, insbesondere auf kommunaler Ebene. Hier hat der Ausdruck Bürgerbeteiligung auch Eingang in Gesetze gefunden, so in das Bundesbaugesetz, wo die Bürgerbeteiligung 1976 verankert wurde.¹

Prinzipiell lassen sich jedoch die Bürgerbeteiligungsformen in zwei Arten aufteilen - in die *formelle* und *informelle* Bürgerbeteiligung.

Formelle Bürgerbeteiligung

Bei der formellen Bürgerbeteiligung handelt es sich um gesetzlich verankerte Formen wie z.B.:

- Bürgerbefragung
- Bürgerbegehren/Bürgerentscheid
- Bürgerversammlung
- Einwohnerfragestunden
- „Informationsfreiheitsgesetz“
- Mitwirkung von Bürger/-innen in Ausschüssen

Diese Beteiligungsformen zählen somit zu den direkt-demokratischen Verfahren und werden auch als verfasste Form bezeichnet. Schulze-Wolf merkt allerdings zu der formellen Bürgerbeteiligung an, dass trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Durchführungspflicht von Bürgerbeteiligungsformen für viele Verfahren die Ausgestaltung und Form der Bürgerbeteiligung nicht gesetzlich geregelt ist.²

Informelle Bürgerbeteiligung

Die informelle Bürgerbeteiligung ist nicht gesetzlich vorgeschrieben und somit freiwillig. Sie kann inhaltlich und methodisch offen gestaltet werden. Einige Beispiele von informeller Bürgerbeteiligungsverfahren/-methoden sind:

- Bürgerhaushalte

¹ Baumann, Frank et al.: Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Berlin: rls 2004. S.6.

² Vgl. Schulze-Wolf, Tillmann: Internetgestützte Beteiligung in formellen Planungsverfahren. In: E-Government und Stadtentwicklung. Hrsg. von Wiegandt et al. 1. Auflage. Berlin: Lit Verlag 2010. S.63.

Bürgerräte

- Innenstadtkonferenzen
- Mediation
- Open-Space-Konferenzen
- Planungszellen
- Runde Tische
- Stadtteilkonferenzen
- Zukunftskonferenzen etc.

Grafisch lassen sich die beiden Bürgerbeteiligungsformen in der nachfolgenden

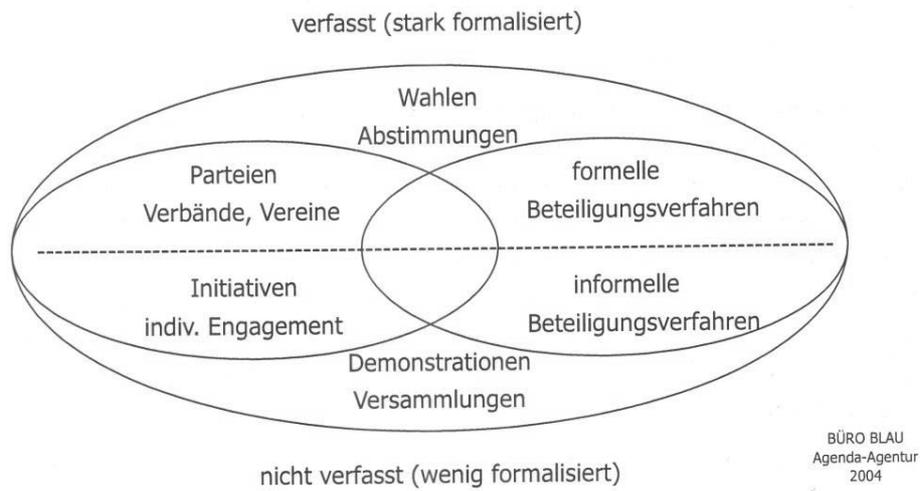


Abbildung wie folgt darstellen.

Abb. 1: Verfasste und nicht verfasste Arten der Beteiligung³

³ Baumann, Frank et al.: Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. S.8.

~~Die Begriffsbestimmung „Bürgerbeteiligung“ wird in der nachfolgenden~~
Erfassung und Analyse sowohl für die formelle (verfasste) als auch die informelle
(nicht verfasste) Bürgerbeteiligungsverfahren verwendet.

5. Analyse der bisherigen Verfahren in Bielefeld

Die nachfolgende Analyse soll einen zusammenfassenden Überblick über die erfassten Bürgerbeteiligungsverfahren in Bielefeld geben. Berücksichtigt wurde dabei der Zeitraum von 2007 – 2012. Die detaillierten und ausgefüllten Erfassungsbögen können bei Bedarf eingesehen werden. Die nachfolgende Analyse befasst sich mit

- dem Personal- und Sachaufwand (in Euro),
- den Personalstunden und
- der Anzahl der erreichten Bürger/-innen.

Wie bereits eingangs beschrieben, wurden die Verfahren kategorisiert in

1. regelmäßige Bürgerbeteiligungen
2. einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte) und
3. Beteiligungen an Netzwerken.

5.1 Regelmäßige Bürgerbeteiligungen – auf 1 Jahr gerechnet

(Betrachtung der letzten 5 Jahre, gemittelt) $n=70$

a)	Personalaufwand	Sachaufwand	Personalstunden	Erreichte BürgerInnen*
Dez OB	93.615 €	5.000 €	1.934	k.A.
Bezirke	20.255 €	1.330 €	551,45	1.340
Dez I	250 €	750 €	5	k.A.
Dez II	37.995 €	11.500 €	1.071	1.583
Dez III	10.360 €	6.000 €	275	335
Dez IV	88.515 €	67.800€	2.349	2.830
Dez V	17.775 €	7.740 €	468	124
Gesamt	268.765 €	100.120 €	6.653 Std.	6.212

* Da bei der Abfrage einige Angaben zu den *erreichten Bürgern/-innen* fehlten, ist die Zahl irreführend und nicht repräsentativ. Zudem sind einige Informationsveranstaltungen teilweise mit eingeflossen. Die absolute Zahl dürfte aber trotzdem höher liegen als die ermittelte.

5.2 Einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte) $n=34$

b)	Personalaufwand	Sachaufwand	Personalstunden	Erreichte BürgerInnen
Dez OB	6.300 €	11.800 €	132	520
Bezirke	1.390 €	140 €	42	132
Dez II	78.760 €	19.100 €	2194,2	148
Dez III	75.895 €	63.900 €	2011	4.419
Dez IV	14.960 €	7.000 €	436	470
Dez V	26.520 €	71.000 €	672	7.314
Gesamt	203.825 €	172.940 €	5.487 Std.	13.003

5.3 Netzwerke (Werte pro Jahr) $n=17$

c)	Personalaufwand	Sachaufwand	Personalstunden	Erreichte BürgerInnen
Dez OB	22.000 €	3.900 €	440	290
Bezirke	-	-	-	-
Dez I	-	-	-	-
Dez II	525 €	100 €	15	k.A.
Dez III	2.070 €	300 €	60	40
Dez IV	-	-	-	-
Dez V	67.252 €	4.700 €	1.496	188
Gesamt	91.847€	9.000 €	2.011 Std.	518

5.4 Zusammenfassung der drei Kategorien

	Personalaufwand	Sachaufwand	Personalstunden	Erreichte BürgerInnen
a)	268.765 €	100.120 €	6.653,45	6.212
b)	203.825 €	172.940 €	5.487,2	13.003
c)	91.847€	9.000 €	2.011	518
Gesamt	564.437€	282.060 €	14.151 Std.	19.733

- a) regelmäßige Bürgerbeteiligungen – auf 1 Jahr gerechnet
- b) einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte)
- c) Netzwerke (Werte pro Jahr)

	Personalaufwand (gesamt) a+b+c	Sachaufwand	Personalstunden	Erreichte BürgerInnen
Dez OB	121.915 €	20.700 €	2506	810
Bezirke	21.645 €	1.470 €	593,45	1.472
Dez I	250 €	750 €	5	k.A.
Dez II	117.280 €	30.700 €	3280,2	1.731
Dez III	88.325 €	70.200 €	2.446	4.794
Dez IV	103.475 €	74.800 €	2.785	3.300
Dez V	111.547 €	83.440 €	2636	7.626
Gesamt	564.437 €	282.060 €	14.152 Std.	19.733

6. Bürgerhaushalt

„Allgemein formuliert stellt ein Bürgerhaushalt ein Verfahren dar, dass Bürgern die Möglichkeit gibt sich an der Verteilung öffentlicher Gelder zu beteiligen.“⁴

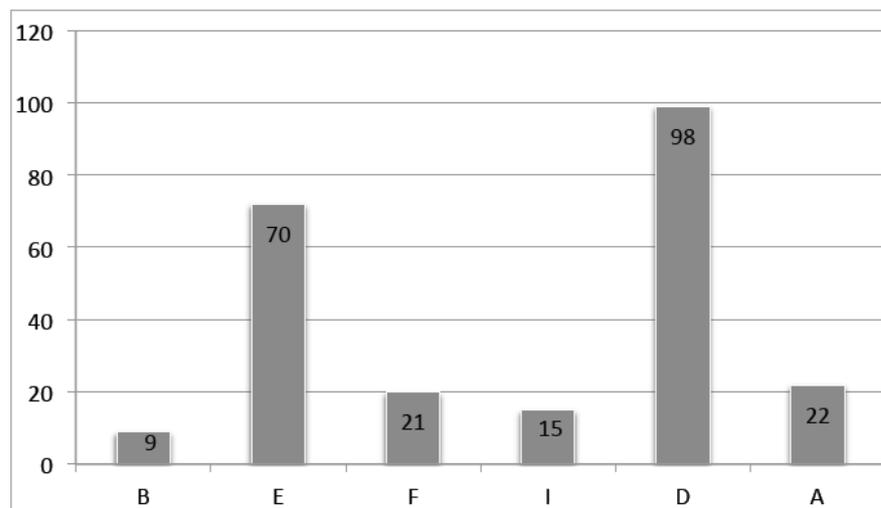
Die Herkunft des Bürgerhaushaltes

Ein Bürgerhaushalt zielt primär darauf ab, eine höhere Transparenz des Haushaltes zu schaffen, die Bürger in die Debatte mit einzubeziehen und selbst lokale Entscheidungen zu treffen bzw. bei diesen mitzuwirken. Das Konzept des Bürgerhaushaltes stammt aus Porto Alegre (Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul). Dort wurde dieser 1989 erstmals eingeführt. Wobei der Bürgerhaushalt, für den Porto Alegre später den Titel „Welthauptstadt der Demokratie“ bekam, sich vielmehr über Jahre in einem anhaltenden Diskussionsprozess zwischen Lokalregierung und mobilisierten Bewohnern herausgebildet hat.⁵ Das Verfahren in Porto Alegre lässt sich allerdings nicht mit dem in Deutschland gleichsetzen.

Bürgerhaushalt in Deutschland

Für Deutschland diente vielmehr das Verfahren in Christchurch (zweitgrößte Stadt Neuseelands mit 332.000 Einwohnern) als Vorbild. Diese Stadt gewann 1993 den „Carl Bertelsmann-Preis für Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung“.⁶ Erstmals wurde ein Bürgerhaushalt in Deutschland im Jahre 1998 in der Stadt Mönchweiler durchgeführt.

Die nachfolgende Abbildung zeigt einen momentan Status der bestehenden Verfahren in Deutschland auf:



⁴ Sintomer, Yves/ Herzberg, Carsten/ Röcke, Anja: Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010. S.42.

⁵ Vgl.: Franke, Jochen u. Heinz Kleger: Bürgerhaushalte – Chancen und Grenzen. Berlin: edition sigma 2010. S.9.

⁶ Barnekow, Marc et al.: Der Bürgerhaushalt als Instrument der Beteiligung bei der Haushaltskonsolidierung (Projektarbeit 2012). Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW - Abteilung Gelsenkirchen. S.19. www.wuppertal.de/download/Projektarbeit2012.pdf (20.10.2012)

Status	Anzahl	Legende
B	9	= Beschluss
E	70	= Einführung
F	21	= Fortführung
I	15	= Information
D	98	= Diskussion
A	22	= Abgelehnt oder Abstellgleis

Abb.2: 5. Statusbericht Bürgerhaushalt, März 2012

Im Vergleich zu den Jahren zuvor kann konstatiert werden, dass die Tendenz der Städte und Kommunen, die an einem Bürgerhaushalt teilnehmen bzw. diese diskutieren, zwar steigend ist, jedoch insbesondere bezüglich der Kosten nicht immer unumstritten.

Diskussion um den Bürgerhaushalt

Wie bei vielen neuen Ansätzen gibt es auch bei der Einführung eines Bürgerhaushalts in der öffentlichen Diskussion eine geteilte Meinung. Zu *hohe Kosten, geringe Teilnahme, Aufwand und Ergebnis stehen in keiner Relation, viel zu komplex für Bürger/-innen* sind nur einige Kritikpunkte. Wiederum sehen die Befürworter das Bürgerhaushaltsverfahren als eine Pflicht im Bereich der partizipativen Demokratie.

Franzke dagegen betont, dass bei bestehenden Verfahren die Bürger/-innen kaum erreicht werden und „die Beteiligung an Bürgerhaushaltsverfahren bislang nicht annähernd repräsentativ ist.“ Die verfügbaren Daten zeigen z.B. folgende Teilnahme, in Prozent gemessen an der Einwohnerzahl, auf: ⁷

Stadt (Durchführung im Jahr)	Teilnahme in %, gemessen an der Einwohnerzahl	Teilnehmer (TN) Einwohner (EW)
Köln (2008)	0,01%	10.000 TN von 995.420 EW
Bonn (2006/2007)	0,05%	ca.150 TN von 316.416 EW
Marzahn-Hellersdorf (2006)	0,1%	ca. 350 TN von 248.150 EW
Gütersloh (2012)	0,28%	ca. 270 TN von 96.758 EW
Emsdetten (2007)	0,4%	ca. 200 TN von 35.766 EW
Hilden (2003)	1,0%	ca. 550 TN von 56.180 EW
Stadt Bergheim	1,1%	ca. 700 TN von 62.722 EW
Potsdam (2009)	1,3%	2.032 TN von 150.833 EW
Berlin-Lichtenberg (2007)	1,5%	3.852 TN von 258.869 EW

Abb.3: Teilnahme an Bürgerhaushaltsverfahren

⁷ Vgl. Franzke: 81.

Die Gründe der geringen Teilnahme bzw. der großen Unterschiede sind vielfältig und dürfen nicht pauschalisiert werden. Als gegenteiliges *Best-Practice-Beispiel* kann an dieser Stelle z.B. das Beteiligungsverfahren in Berlin-Lichtenberg erwähnt werden. Dort stieg nämlich die Zahl der Beteiligung mit den Jahren kontinuierlich.⁸

Einer der wichtigsten Faktoren beim Bürgerhaushalt ist, dass mit Hilfe der Bürger/-innen und deren Vorschläge im Endeffekt im kommunalen Haushalt Kosten gespart werden sollen. Ein Bürgerhaushaltsverfahren würde sein Ziel verfehlen, wenn die Haushaltskosten höher wären als zuvor. Wiederum sind Kritiker oft gegen einen Bürgerhaushalt, weil die Kosten eines Bürgerhaushaltes in keinem Verhältnis zur Teilnahme stehen würden. Um eine Größenordnung bezüglich der Verfahrenskosten zu erhalten, sollen im nächsten Abschnitt exemplarisch kurz einige Kostenbeispiele aufgezeigt werden.

Kosten eines Bürgerhaushaltsverfahrens (exemplarische Auswahl)

Bei der Recherche hat sich gezeigt, dass die Kosten von einem Bürgerhaushalt schwer zu ermitteln sind bzw. sehr unterschiedlich ausfallen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Stadt	Kosten in Euro	Einwohner
Frankfurt (2012)	790.000 €	rd. 690.000
Bonn (2011/2012)	300.000 €	rd. 328.000
Berlin/Lichtenberg (2012)	65.000 €	rd. 267.000
Düren (<i>nicht durchgeführt</i>) (2011)	40.000 €	rd. 90.000
Münster (2010/2011)	33.500 €	rd. 292.000

Auch bei der Kostenaufschlüsselung (Kosten pro TN) ergeben sich dadurch sehr unterschiedliche Ergebnisse:

Bonn ⁹ :	300.000 € : 11.000 (TN)	= ca. 27 € pro TN
Frankfurt ¹⁰ :	790.000 € : 4.840 (TN)	= ca. 163 € pro TN

Bei dieser kurzen Betrachtung zeigt sich, dass es kaum möglich ist, z.B. für Bielefeld die ungefähren Kosten eines Bürgerhaushaltsverfahrens abzuschätzen.

⁸ <http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/presse/archiv/20111102.1400.361886.html>

⁹ Einwohner: 327.913 (2011), Beteiligung am Bürgerhaushaltsverfahren: ca. 11.000 Personen.

¹⁰ Einwohner: 691.518 (2011), Beteiligung am Bürgerhaushaltsverfahren: ca. 4840 Personen.

Kurze Zusammenfassung zum Bürgerhaushalt

Ob die Einführung eines Bürgerhaushaltes für Bielefeld richtig und notwendig ist, kann letztendlich im Rahmen dieser Erhebung nicht beantwortet werden. Grund dafür ist unter anderem, dass in Deutschland bisher ein allgemein anerkannter Analyserahmen für die Evaluierung von Verfahren bürgerschaftlicher Beteiligung an der lokalen Politik nicht vorliegt.¹¹ Dadurch ist es auch nicht möglich, Beispiele von anderen Städten auf Bielefeld zu beziehen. Eine weitere Schwierigkeit: Bisher wurde die Thematik des Bürgerhaushaltes kaum *interessenunabhängig* untersucht bzw. evaluiert. Um sichere Daten zu erhalten, müssen die Prozesse der Bürgerhaushalte wissenschaftlich und objektiv evaluiert und veröffentlicht werden.

Da bei einem möglichen Bürgerhaushalt oft über die Kosten diskutiert wird, sollte die kurze Aufführung aufzeigen, wie hoch die Spannbreite der Kosten eines Bürgerhaushaltes sein können und wie mancherorts sich die Mitwirkung am Bürgerhaushalt widerspiegelt. Einige Handlungsempfehlungen für Bielefeld werden im Kapitel 8 aufgezeigt.

Information zum „Bürgerdialog“

Im Rahmen der Diskussion um die Haushaltsslage der Stadt und der deswegen erforderlichen Maßnahmen hat der Oberbürgermeister Pit Clausen einen sogenannten Bürgerdialog (laufendes Verfahren) zur Finanzlage der Stadt Bielefeld eröffnet.

Zur ersten Veranstaltung am 23.01.2013 kamen rd. 150 Personen, davon rd. 20 aus Politik und Verwaltung. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Bürger/-innen aufgerufen, sich auch Gedanken zu machen, wie die Finanzlage der Stadt verbessert werden kann. Bis zum 29.02.2013 sind 12 Schreiben von Bürgern und 2 Schreiben von Interessenverbänden eingegangen.

¹¹ Vgl.: Franzke: 78.

7. Schlussfolgerung

Bisher haben in dem erhobenen Zeitraum (2007-2012) **82 thematisch unterschiedliche Bürgerbeteiligungsprozesse** stattgefunden. Da sich jedoch einige Prozesse z.B. in unterschiedlichen Stadtbezirken wiederholen, wurden in der Analyse **insgesamt 121 Prozesse** erfasst und analysiert. Diese teilen sich wie folgt auf:

- 70 x regelmäßige Bürgerbeteiligungen – auf 1 Jahr gerechnet
- 34 x einmalige Bürgerbeteiligungen (Veranstaltungen und Projekte)
- 17 x Beteiligung an Netzwerken (Werte pro Jahr)

Mit zu berücksichtigen ist, dass die erhobenen Werte jeweils auf das Jahr gemittelt wurden. 82 thematisch unterschiedliche Bürgerbeteiligungsprozesse und 70 regelmäßige Prozesse sind für Bielefeld beachtliche Zahlen.

Der **Personalaufwand** beläuft sich insgesamt auf **rd. 565.000€** und der **Sachaufwand** auf **rd. 283.000 €**. Summiert haben die Bürgerbeteiligungsverfahren (2007-2012) **gemittelt 848.000 €** gekostet. Dem gegenüber stehen **Personalstunden** in Höhe von **rd.14.200** Stunden.

Da bei der Abfrage zu den „**erreichten Bürgern/-innen**“ teilweise keine Angaben gemacht wurden, ist die Zahl von **rd. 20.000** irreführend bzw. nicht repräsentativ. Die eigentliche Zahl der erreichten Bürgern/-innen dürfte um einiges höher liegen. Vollständigkeitshalber wurde die Zahl der erreichten Bürgern/-innen trotzdem mit aufgeführt.

Erfreulich ist, dass bei der Abfrage (Anmerkungen/Handlungsempfehlungen) die Mehrheit mit den durchgeführten Prozessen sehr zufrieden ist – trotz des angegebenen hohen Aufwands. Die Bürgerbeteiligungsprozesse werden als gewinnbringend und notwendig erachtet. Außerdem hat sich gezeigt, dass auf Verwaltungsebene ein hohes Engagement vorhanden ist (Anmerkungen und Kommentare siehe S.26).

Weiterhin kann konstatiert werden, dass mit den bisher durchgeführten Verfahren so gut wie alle Bevölkerungsgruppen der Stadt Bielefeld angesprochen wurden. Kinder, Jugendliche, Eltern, Migranten/-innen, Studierende, Senioren, Behinderte etc. Nichtsdestotrotz wurde aber angemerkt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. junge Menschen und Migranten/-innen) bei einigen Themen schwer bzw. kaum erreicht werden.

Wie bereits erwähnt, wurden einige Punkte (wie z.B. *Handlungsempfehlungen, Erreichte Bürger/-innen*) bei dem Erhebungsbogen nicht vollständig ausgefüllt. Über eine Abfrage, dieser oder ähnlicher Art, kann jedoch ein guter Überblick der durchgeführten Bürgerbeteiligungsprozesse in Bielefeld geschaffen werden. Durch

eine kontinuierliche Abfrage (z.B. 2 x im Jahr) gäbe es in Zukunft auch eine Grundlage, um sich *intern* einen Überblick zu verschaffen und *extern* die Bielefelder Bürger/-innen über die durchgeführten Bürgerbeteiligungsprozesse zu informieren. Nachfolgend werden einige Handlungsempfehlungen aufgeführt, die sich bei der Durchsicht und durch Beobachtungen ergeben haben.

8. Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlung zum Bürgerhaushalt

- Ermittlung von Aufwand/Nutzen und Kosten/Nutzen
- vorab Befragung der Bürger/-innen bez. des Interesses
- Transparenz über die Kosten, Vorteile, Nachteile etc.
- qualitativ gute Vorbereitung auf das Vorhaben
- bei mangelndem Interesse das Vorhaben überdenken
- von Städten, die bereits einen Bürgerhaushalt durchgeführt haben, beraten lassen

Wichtig ist, dass das Verhältnis zwischen Aufwand/Nutzen und Kosten/Nutzen in angemessener Relation steht. Doch vor allem muss das Interesse der Bielefelder Bürger/-innen bestehen bzw. geweckt werden. Vor einer Einführung eines Bürgerhaushaltes sollte ermittelt werden, wie hoch die Kosten eines Bürgerhaushaltes speziell für Bielefeld sind. In einem zweiten Schritt sollte eine Befragung der Bielefelder Bürger/-innen erfolgen, um überhaupt das Interesse an einem Bürgerhaushalt zu ermitteln. Um eine Transparenz zu gewährleisten, sollten die Bürger/-innen bereits bei der Befragung über die Kosten, Vorteile, Nachteile etc. eines Bürgerhaushaltes informiert werden. Auch hier wäre es wichtig, Ansprachekonzepte zu entwickeln, um so viele Bevölkerungsschichten wie nur möglich zu erreichen und nicht nur die „üblichen Interessierten“. Ein Bürgerhaushalt darf gewiss nicht eingeführt werden, um nur der „Politik“ oder den Bürgern/-innen einen „Gefallen“ zu tun. Die Einführung erfordert eine qualitativ gute Vorbereitung auf das gesamte Verfahren. Wenn jedoch schon in der ersten Phase (beim Informieren der Bürger/-innen) deutlich wird, dass das Interesse der Bürger/-innen zu gering ist, sollte die Einführung überdacht werden, um so unnötige Kosten zu sparen. Denn wie es bereits im Terminus deutlich wird, geht es um den BÜRGERhaushalt. Ohne das breite Interesse der Bürger/-innen wäre die Idee der partizipativen Demokratie verfehlt. Empfehlenswert wäre, Erfahrungen aus „Erster Hand“ von Städten zu erhalten bzw. sich von denen beraten zu lassen, die bereits einen Bürgerhaushalt durchgeführt haben. Um eine gute Vergleichsmöglichkeit zu bekommen, sollte dafür eine Stadt ausgewählt werden, die ähnliche Voraussetzungen (Einwohnerzahl, kreisfreie Stadt, etc.) wie Bielefeld hat.

1.	- stärkere Einbindung der Bürger/-innen durch lokale Medien, Schulen, Hochschule, Unternehmen (Mitarbeiter), Multiplikatoren etc.
2.	- Vereinsnetzwerke nutzen <ul style="list-style-type: none"> o Insbesondere über Multiplikatoren aus den Vereinen, die z.B. die Informationen über die Bürgerbeteiligungsverfahren, Aktionen, aktuelle Themen etc. an ihre Mitglieder weiterleiten. Hier sollte auch darauf geachtet werden, aktive, engagierte und junge Mitglieder einzubeziehen.
3.	- Ansprachekonzept für Jugendliche optimieren und erweitern
4.	- stärkere Einbeziehung von Jugendlichen <ul style="list-style-type: none"> o Zum Beispiel über Schulen. Eine Möglichkeit wäre, in Kooperation mit Lehrkräften gemeinsam eine Unterrichtseinheit zum Thema Bürgerbeteiligung/ Jugendbeteiligung zu entwickeln und diese in den Unterricht einzubinden – z.B. kombiniert mit einem Besuch bei der Stadt Bielefeld. Mit besonders aktiven Jugendlichen könnte bei zielgruppenspezifischen Projekten eine Art Jugendbeirat gegründet werden (ähnlich wie der Bürgerbeirat im Projekt „Gemeinsam zur Energiewende – Bielefeld will's wissen!“).
5.	- mehr <i>praktische</i> Gestaltungsmöglichkeiten anbieten (wie z.B. bei der Skateranlage beim Kesselbrink)
6.	- E-Partizipation als Zukunftsthema (in Kombination zu den üblichen Verfahren)
7.	- die Bürger/-innen stets über die durchgeführten Bürgerverfahren informieren, damit kein Misstrauen entsteht und die Transparenz gewährleistet ist
8.	- bessere Vernetzung zwischen den Dezernaten (Synergien nutzen) z.B.: Erfahrungen mit eigenen Bürgerbeteiligungsverfahren austauschen - Entwicklung einer gemeinsamen (internen) Kommunikationsstrategie, um auch intern Ressourcen zu bündeln
9.	- jährliche Erhebung der Bürgerbeteiligungsverfahren in Bielefeld <ul style="list-style-type: none"> o interne und externe Kommunikation
10.	- mehr Migranten/-innen in die Prozesse einbeziehen (z.B. über bestehende Vereinsstrukturen) <ul style="list-style-type: none"> o Die Stadt Bielefeld hat einen hohen Anteil an Migranten/-innen, die über Vereine gut vernetzt sind. Diese Migrantenorganisationen bieten ein enormes Potential um über die Vereinsstrukturen viele Menschen zu erreichen.

11.	- zielgruppenspezifische Bürgerbeteiligungsverfahren anbieten (dadurch lernen diejenigen solch ein Verfahren zu schätzen und kennen)
12.	- Einsatz von externen Moderatoren/-innen
13.	- Bürger/-innen zielgruppenspezifisch erreichen/ansprechen: zum Thema Schule in die Schulen gehen, zum Thema Sport in Vereine gehen etc.
14.	- ehrenamtliche Bürger/-innen in die Arbeit und in die Prozesse mit einbeziehen
15.	- Transparenz über den Verlauf der jeweiligen Bürgerbeteiligungsverfahren schaffen
16.	- bei den Verfahren „Bürgerbeiräte“ wie bei „Gemeinsam zur Energiewende – Bielefeld will’s wissen!“ einsetzen
17.	- Einwerbung von Drittmitteln <ul style="list-style-type: none"> ○ Über die Einwerbung von Drittmitteln (z.B. durch Kooperationsprojekte mit lokalen Unternehmen) können sowohl Kosten reduziert werden als auch Win-Win-Situationen geschaffen werden. Schließlich arbeiten in den lokalen Unternehmen zu einem hohen Anteil Bürger/-innen aus Bielefeld, die sich gerne mit dem Unternehmen und mit ihrer Stadt identifizieren wollen.
18.	- häufigere Kooperationen mit der Universität Bielefeld und FHs in Bielefeld eingehen <ul style="list-style-type: none"> ○ Die Universität und Fachhochschulen stellen durch ihre unabhängige Rolle einen guten Kooperationspartner dar. Die Erfahrungen zeigen, dass die Bürger/-innen dieses sehr schätzen.

9. Literaturverzeichnis

Barnekow, Marc et al:

Der Bürgerhaushalt als Instrument der Beteiligung bei der Haushaltskonsolidierung (Projektarbeit 2012). Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW - Abteilung Gelsenkirchen. S.19. www.wuppertal.de/download/Projektarbeit2012.pdf (20.10.2012).

Baumann, Frank et al.:

Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Berlin: rls 2004.

Franzke, Jochen u. Heinz Kleger:

Bürgerhaushalte – Chancen und Grenzen. Berlin: edition sigma 2010

Schulze-Wolf, Tillmann:

Internetgestützte Beteiligung in formellen Planungsverfahren. In: E-Government und Stadtentwicklung. Hrsg. von Wiegandt et al. 1. Auflage. Berlin: Lit Verlag 2010.

Sintomer, Yves/ Herzberg, Carsten/ Röcke, Anja:

Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.

Bildquelle:

Titelseite (Cover)

<http://mein.salzburg.com/forum/lichtblicke/burger.jpg>

10. Anhang

a) Alphabetische Auflistung aller Projekte/Maßnahmen/Veranstaltungen/Netzwerke im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung

A
800 Jahre Gadderbaum
Akteurstreffen Obersee/ Johannisbachaue
Aktionstag; aktivierender Leitbildprozess Stadtumbau Sennestadt
Anbietertreffen im Rahmen der Eingliederungshilfe Wohnen für psychisch und suchtkranke Menschen und der Hilfe zur Pflege
Anhörung wasserrechtliche Erlaubnis
Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
Antirassistische Jugendarbeit
Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII mit den anerkannten Trägern der Freien Jugendhilfe und den Trägern geförderter Maßnahmen
Arbeitskreis Beratung und Selbsthilfe
Arbeitskreis Eltern
Auslegung Entwurf Haushalt, 14-tägige Einwendungsfrist vor Beschlussfassung durch Rat
B
Bauleitplanverfahren Öffentlichkeitsbeteiligung (Rd. 15/a)
Befragung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Teilfachplanung Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld
Beirat für Behindertenfragen - Einwohnerfragestunde
Beschwerdemanagement
Beteiligung an städtebaulichem Wettbewerb
Beteiligung von Fachkräften an der Teilfachplanung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld
Beteiligungsprojekt der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Spielflächenbedarfsplanung in Brackwede und Heepen
Beteiligungsprojekt der offeneren Kinder- und Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Altenhagen/Moenkamp
Beteiligungsprojekt der offeneren Kinder- und Jugendarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Brackwede
Bielefeld-Pakt
Bildungskonferenz
Bürgerbefragung Gesundheitswesen 2008
Bürgerbegehren
Bürgerbeteiligung Lärmaktionsplan
Bürgerbeteiligungsveranstaltungen vor Einziehungsverfahren
Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zu Straßenbaumaßnahmen
Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zu Verkehrsplanungen
Bürgerdialog (<i>laufendes Verfahren</i>)
Bürgerwerkstatt Rahmenkonzept Sieker

D-E
Einwohnerfragestunden in der BV
Einwohnerversammlungen nach § 24 GO
Emnid Befragung von Bielefelder Familien „Familienfreundliches Bielefeld“2009/2010
Energiewende Bielefeld will's wissen – 7 Veranstaltungen
Energiewende Bielefeld will's wissen – Internetforum (6 Monate)
Energiewende Bielefeld will's wissen - Studierendenbefragung
Energiewende Bielefeld will's wissen, Bürgerbeirat
Erhalt der Tagesstätte Pellahöhe
F-H
Fachforen, Expertenkreis
Familienfreundliches Bielefeld - Befragung von Familien in den Familienzentren 2008
Fortschreibung des Rahmenkonzeptes Seniorenarbeit
Freizeitangebote Obersee/ Johannisbachaue
Generationenübergreifende Zukunftswerkstatt (nach Methode R. Jungk) zum Thema: „Wie wollen wir leben in Bielefeld im Jahr 2050?“ (im Jahr 2005)
Gestaltung Sportplatz Wiesenbach
Grundschulforum
Grünes Band
Hausversammlungen von Bewohnern in den städtischen Unterkünften
I-O
Internet-Beteiligung
Jugendclub Selbstaurlöser
Kolloquium Historisches Museum
Kulturentwicklungsplanung (<i>laufendes Verfahren</i>)
Kursteilnehmerbefragung Volkshochschule
Migrationskonferenz
Netzwerk Klimaschutz
Netzwerk Kommunale Gesundheitskonferenz
Netzwerk Ostmann-Viertel
Netzwerke Senioren
Nutzungskonzept Radrennbahn - einmalig
Ortstermine bei Bürgeranfragen, -beschwerden
P-S
Pädagogisches Konzept einer Stadtteilschule Jöllenbeck
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Qualitätszirkel im Arbeitsbereich Frühförderung
Runde Tische/AK
Runder Tisch Fußball
Runder Tisch Tennis
Schriftliche Bürgerbefragung zur Umbenennung einer Straße
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Schulpflegschaft
SKPR
Stadtbahn 2030

Stadtbezirke (ohne Sprechstd. d. Politik)
Städtebauliche Entwicklungskonzepte
Städtebauliche Spaziergänge
Stadtelternrat
Stadtelternrat für die städtischen KiTas
Stadtteilforen und Workshop mit Migrantenorganisationen im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzeptes (2009)
Stadtteilkonferenzen, Runde Tische etc.
U-W
Umfrage zu Ferienbetreuungsangeboten für Grundschul Kinder während der Sommerferien 2011
Umsetzung EU-WRRL – Bewirtschaftungsplanung
Vorschlagswesen
Wahl und Begleitung des Jugendamtseleternbeirat
Weser-Lutter (<i>laufendes Verfahren</i>)

b) Auflistung der regelmäßigen Beteiligungen mit Netzwerken (geordnet nach Dezernaten)

Einheit	Titel
Dez. OB	
	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
	Antirassistische Jugendarbeit
	Arbeitskreis Eltern
	Beschwerdemanagement
	Bielefeld-Pakt
	Bürgerbegehren
	Migrationskonferenz
	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
	Treffen mit Migrantenvereinen/-organisationen (MO)
Dez. I	
	Auslegung Entwurf Haushalt, 14-tägige Einwendungsfrist vor Beschlussfassung durch Rat
Stadtbezirke (ohne Sprechstd. d. Politik)	
Stadtbezirk Dornberg	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlungen nach § 24 GO
	Runder Tisch/AK
Stadtbezirk Mitte	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlungen nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Brackwede	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Gadderbaum	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung nach § 24 GO
Stadtbezirk Heepen	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Sieghorst	
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung nach § 24 GO

	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Sennestadt	
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Senne	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlungen nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Schildesche	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlungen nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Stadtbezirk Jöllenbeck	
	Anregungen u. Beschwerden nach § 24 GO
	Einwohnerfragestunden in der BV
	Einwohnerversammlung nach § 24 GO
	Runde Tische/AK
Dez II	
	Bildungskonferenz
	Jugendclub Selbstauslöser
	Kursteilnehmerbefragung (VHS)
	Netzwerk Ostmann-Viertel
	Schulpflegschaft
	Stadtelternrat
	Vorschlagswesen
Dez III	
	Anhörung wasserrechtliche Erlaubnis
	Bürgerbefragung Gesundheitswesen
	Bürgerbeteiligung Lärmaktionsplan
	Netzwerk Klimaschutz
	Netzwerk Kommunale Gesundheitskonferenz
	Umsetzung EU-WRRL – Bewirtschaftungsplanung
	Sanierung Weser-Lutter
Dez IV	
	Bauleitplanverfahren Öffentlichkeitsbeteiligung Rd. 15/a
	Beteiligung - Städtebaulicher Wettbewerb
	Bürgerbeteiligungsveranstaltungen vor Einziehungsverfahren
	Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zu Straßenbaumaßnahmen
	Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zu Verkehrsplanungen
	Fachforen, Expertenkreis
	Internet-Beteiligung
	Ortstermine bei Bürgeranfragen, -beschwerden
	Städtebauliche Entwicklungskonzepte
	Städtebauliche Spaziergänge

	Stadtteilkonferenzen
	World Café
Dez V	
	Anbietertreffen im Rahmen der Eingliederungshilfe Wohnen für psychisch und suchtkranke Menschen und der Hilfe zur Pflege
	Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII mit den anerkannten Trägern der Freien Jugendhilfe und den Trägern geförderter Maßnahmen
	Arbeitskreis Beratung und Selbsthilfe
	Beirat für Behindertenfragen
	Beteiligung von Fachkräften an der Teilfachplanung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld
	Einwohnerfragestunde
	Fortschreibung des Rahmenkonzeptes Seniorenarbeit
	Hausversammlungen von Bewohnern in den städtischen Unterkünften
	Netzwerke Senioren
	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
	Qualitätszirkel im Arbeitsbereich Frühförderung
	SKPR
	Stadtelternrat für die städtischen KiTas
	Stadtelternrat für die städtischen KiTas
	Stadtteilkonferenzen, Runde Tische etc.
	Wahl und Begleitung des Jugendamtselternbeirat

c) Anmerkungen/Kommentare aus der Abfrage (Auswahl):

Angebot wird gut angenommen. Themenbezogen sind ergänzende AGs entstanden. Das Ziel einer breiten Vernetzung konnte erreicht werden.

Gute Möglichkeit mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen und die Gründe für das Einziehungsverfahren zu erläutern.

Wichtige Beteiligungsform mit direkter Auswirkung auf den Bauprozess.

Probate Methode um meist zu einvernehmlichen Lösungen zu finden.

Gutes Instrument, um die Vernetzung, Aktivierung und Beteiligung von Stadtteilakteuren zu unterstützen.

Beteiligungsformat ist eingeübt und bewährt. Trägt durch Einbindung örtlichen Sachverständes wesentlich zur inhaltlichen Qualifizierung und Akzeptanz von Planungen / Konzepten / Projekten bei.

Trotz des hohen Aufwands eine zielführende und erfolgreiche Veranstaltung, da viele ungeklärte Sachverhalte behandelt wurden. Sollte bei entspr. Bedarf wieder so durchgeführt werden.

Noch vertretbarer Aufwand im Interesse des konstruktiven Dialogs, der das sonstige Dienstgeschäft erleichtern kann.

Die Veranstaltungen bieten die realistische Chance, die Vernetzung der Bildungsakteure zu verbessern und ein gemeinsames Bewusstsein für die Bildungsregion Bielefeld sowie die Notwendigkeit schulorganisatorischer Veränderungen zu schaffen.

Die Beteiligung war konstruktiv und ergebnisorientiert. Das Fachwissen kann im weiteren Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Die Akzeptanz für spätere Entscheidungen ist größer.

Der Aufwand ist vertretbar. Das Ergebnis ist positiv, weil dadurch die Kundenbindung erhöht wird.

Die anschließenden Diskussionen und die Vorträge lieferten wichtige Impulse für die Arbeitsgruppe Historisches Museum. Der hohe Aufwand führte zu einem guten Ergebnis, besonders was die Beteiligung interessierter Bürger und die Verankerung des Museums in der Öffentlichkeit angeht.

Die Bürgerbefragungen haben wichtige Rückmeldungen für die professionellen Akteure im lokalen Gesundheitswesen erbracht und es wird bis heute an Themen gearbeitet, die sich aus den Befragungsergebnissen ergeben haben.

Notwendige Beteiligungsform, da die Nutzer/innenperspektive für die Planung der Gesundheitsversorgung grundlegend ist.

Trotz des hohen Aufwandes hat sich die Beteiligung gelohnt, da so die Nutzer den Grünzug mit gestalten und auf deren Bedürfnisse eingegangen werden konnten. Die Planung konnte transparent gemacht werden, aber auch die Anregungen/ Erfahrungswerte der Bürger genutzt werden.

d) Formular für die Abfrage

Beteiligungsform und Thema der Beteiligung				
1.	Ziel der Beteiligung			
2.	Häufigkeit / Jahr			
3.	Dauer des Prozesses	a.	Anzahl	
		b.	Dauer	
4.	Beteiligte im Prozess			
5.	Anzahl der Eingeladenen und Teilnehmer/innen	a.	Eingeladene	
		b.	Teilnehmer/innen	
6.	Welchen Einfluss hat die Beteiligung?			
7.	Kosten			
8.	Erläuterungen	a.	Initiative	
		b.	Ablauf	
		c.	Fazit	
9.	Anmerkungen, Handlungsempfehlungen			